



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses  
am 23.08.2023**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 17:52 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## **Anwesend waren:**

### **Mitglieder**

Marion Krischok	Vertreterin für Herrn Lange
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Christoph Bergner	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dennis Helmich	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Tom Wolter	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Andreas Wels	Fraktion MitBürger
Eric Eigendorf	Fraktion Hauptsache Halle
Torsten Schaper	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

### **Verwaltung**

Egbert Geier	Bürgermeister,
René Rebenstorf	Beigeordneter für Finanzen und Personal
Dr. Judith Marquardt	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Oliver Paulsen	Beigeordnete für Kultur und Sport
Thomas Stimpel	Grundsatzreferent
Jan Irrek	Referent für Finanzen und Personal
Maik Stehle	Referent für Kultur und Sport
	Protokollführer

## **Entschuldigt fehlte:**

Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Torsten Schaper	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die Sitzung des Hauptausschusses wurde vom Bürgermeister, **Herrn Egbert Geier**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Bürgermeister Geier** wies darauf hin, dass nichts von der Tagesordnung zu nehmen und auf die Tagesordnung zu setzen ist.

**Herr Bürgermeister Geier** wies auf Änderungen und Ergänzungen zu folgenden Tagesordnungspunkte hin:

### **TOP 7.2 ö**

Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Prüfung einer Städtepartnerschaft mit der Stadt Visaginas (Litauen)

Vorlage: VII/2023/05766

➔ **Antragssteller hat sich geändert**

### **TOP 12.1 nö**

Einstellung eines Abteilungsleiters IT und Digitale Verwaltung im Geschäftsbereich Finanzen und Personal

**Vorlage: VII/2023/05947**

**Herr Dr. Bergner** wies darauf hin, dass er aufgrund von technischen Problemen mit seinem iPad nicht an die Tagesordnung herankam und sich somit nicht an den nicht öffentlichen Abstimmungen im nicht öffentlichen Teil beteiligen konnte.

**Herr Bürgermeister Geier** wies darauf hin, dass durch die Verwaltung die Veranlassung der Arbeitsfähigkeit der Stadträte mit Beginn der Gremienarbeit rechtzeitig erfolgte.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gab es nicht, sodass **Herr Bürgermeister Geier** um Abstimmung bat.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der

Niederschrift vom 21.06.2023

5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 21.06.2023  
Vorlage: VII/2023/06061
6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Ergänzungstext zum öffentlichen Dienstleistungsauftrag über den Stadtverkehr Halle (Saale) 2021 ff. an die HAVAG  
Vorlage: VII/2023/05867
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Durchführung einer Regionalkonferenz  
Vorlage: VII/2023/05792
- 7.2. Antrag der Fraktion MitBürger zur Prüfung einer Städtepartnerschaft mit der Stadt Visaginas (Litauen)  
Vorlage: VII/2023/05766
- 7.3. Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Begründung von Dringlichkeitsvorlagen  
Vorlage: VII/2023/05807
- 7.4. Antrag der Fraktion „Die PARTEI Halle (Saale)“, „unabhängig“ zum Ausgleich des Kräfteverhältnisses in den Beratungsgremien (Änderung der Hauptsatzung)  
Vorlage: VII/2023/05974
8. Mitteilungen
- 8.1. Anregung der Stadträtinnen Dr. Inés Brock-Harder und Melanie Ranft (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) für ein Public-Viewing anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2023  
Vorlage: VII/2023/05810
9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
10. Anregungen

### zu 3      **Einwohnerfragestunde**

---

#### zu 3.1      **Fragesteller 1 zur politischen Neutralität**

---

*Auf Antrag des Stadtrates Herrn Heym wurde zu folgendem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.*

##### **Fragesteller 1**

Herr Bürgermeister, ich wende mich mit meiner Frage an die Verwaltung. Ich habe Ihnen aufgeschrieben, dass ich Sie fragen möchte, ob im Rahmen von Fördermittelausreichung, die politische Projekte fördern, aus Ihrer Sicht immer noch die politische Neutralität eingehalten wird, der die Verwaltung unterliegen sollte. Wenn sich diese geförderten Projekte ziemlich aktiv in die Kommunalpolitik, in das kommunalpolitische Geschehen einmischen wollen. Ich würde dort gern als Referenz das sogenannte kommunale Konfliktmanagement des Friedenskreises hernehmen. Ich habe gestern am Rande der Finanzausschusssitzung nach meiner Frage den Hinweis bekommen, dass die neue Fassung des Jahresberichts 2022 der Hallianz da ist. Und dort ist jetzt das kommunale Konfliktmanagement aufgenommen. Ich habe diese Frage so ähnlich schon mal gestellt, allerdings nicht in Kenntnis dieser Hintergründe. Damals hieß es aus seitens Herr Paulsen, das sei nur so eine Art Politikbildung, die da vermittelt wird. Ich kann jetzt aber hier lesen, dass es also ganz aktiv darum geht, potenziell entstehende Konflikte zusammen, also den Erweiterungsbau des islamischen Kulturzentrums in Halle-Neustadt betreffend, zusammen mit der Stadt und dem IKC zu bearbeiten. Das ist also deutlich mehr als Politikbildung. Sie fördern, dass hier, im Rahmen der Fördermittel Hallianz. Offensichtlich haben Sie auch den Antrag bei dem Bund erweitert, denn es sind ja die Rahmenmittel beträchtlich gestiegen. Sie fördern das hier mit 50.000,00 €, Projektlaufzeit Juli bis Dezember 2022, Vermutungsweise wird es dann jetzt 2023 noch mehr. Und Träger sind Friedenskreis IKC und die Stadtverwaltung. Also ich denke, das ist schon mindestens Randbereich von kommunalpolitischer Einflussnahme. Wie bewerten Sie denn sozusagen das politische Neutralitätsgebot im Zusammenhang mit diesem Vortrag, jedenfalls mit dieser Darstellung in diesem Projektbericht 2022 Hallianz. Soweit meine Eingangsfrage.

##### **Herr Paulsen**

Ich glaube, Sie konstruieren hier etwas, vor dem Hintergrund eines angeblichen Neutralitätsgebots und dehnen das aus, auf ein Feld wo der Begriff nicht mehr passt, weil ganz viele Themen, die die Stadt, die örtliche Gemeinschaft und auch die Stadtverwaltung betreffen, spielen sich natürlich im politischen Raum ab. Das ist völlig normal. Trotzdem: bei der Bearbeitung dieser Themen wahrt die Stadt immer das politische Neutralitätsgebot. Dieses Projekt bewegt sich genau dort, wo ich es Ihnen damals gesagt habe, Träger ist der Friedenskreis, weder das IKC noch die Stadt. Insofern haben Sie zum Teil falsche Informationen.

##### **Fragesteller 1**

Ich würde dann schon gern Wissen welche der hier dargebotenen Informationen Sie als falsch bezeichnen. Ich habe meine Quelle benannt. Herr Paulsen ich würde Sie bitten, dass Sie das auch tun und zwar im Detail bitte jetzt.

##### **Herr Paulsen**

Das war ein Wust an Informationen, die Sie hier vorgetragen haben, da kann ich Ihnen nicht auf dem Punkt sagen, was falsch ist. Wir können gucken, ob wir das im Nachgang schriftlich

beantworten. Sie verweigern ja immer die Tonaufzeichnung, insofern müssen wir gucken, was wir da rekonstruieren können.

#### **Fragesteller 1**

Herr Paulsen, Sie arbeiten jetzt nach dem Prinzip Toleranz. Das stimmt nicht, dass ich die Aufzeichnung verweigere. Lassen Sie sich das bitte von Ihrem Protokollanten bestätigen. Ich habe diesen Passus unterschrieben. Ich verweigere das genau dann, wenn Sie mich nach draußen übertragen. Was ich Ihnen untersagt habe, was Sie mehrfach nicht eingehalten haben. Ich habe jetzt leider meine Nachfragen verschleißen müssen, weil Sie sich mit mir hier streiten wollen. Ich finde das nicht lustig. Darf ich Sie bitten Herr Bürgermeister, mir ganz kurz zu beantworten, ob es Zweck hat in diesem Zusammenhang sich bei Ihnen um einen persönlichen Termin zu bewerben?

#### **Herr Bürgermeister Geier**

Aus meiner Sicht hat das Herr Paulsen erschöpfend ausgeführt.

#### **Fragesteller 1**

Gut, danke.

*Wortprotokoll Ende*

### **zu 3.2 Fragesteller 2 zur Transparenz in der Verwaltung**

---

*Auf Antrag des Stadtrates Herrn Heym wurde zu folgendem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.*

#### **Fragesteller 2**

Ich erinnere mich an Ihre Gespräche mit Herrn [REDACTED] über Demokratie in einer früheren Sitzung und ich erinnere mich auch an den ersten Wahlkampf mit Herrn Wiegand in 2012, wo er Transparenz versprochen hat. Das war auf einer Website und auch in seiner Broschüre. Was ich bemerke ist, es ist schwer Transparenz zu bekommen. Zum Beispiel, ich hatte in einem Planungsausschuss eine Kopie der Ausschreibung für den architektonischen Umbau des Universitätsrings und Herr Rebenstorf hat das abgelehnt. Er sagte, dass es ausführlich diskutiert wurde während der 3 Jahre und so weiter. Und das war nicht eine gute Darstellung, weil es war nur in der Öffentlichkeit für einen Monat, als es auf der Tagesordnung als ein Antrag. Das war die einzige Zeit, wenn Leute können über diese Maßnahme informiert sein könnte. Es wäre interessant zu wissen, was in diese Ausschreibung ist. Was hat die Stadt von der Architekt verlangt? Vielleicht hat die Stadt selbst eigentlich diese Aufgabe nicht getan. Vielleicht haben die das geoutsourced. So wie können wir in die Zukunft. Ich würde sagen, in 12 Jahren habe ich nie einmal eine angefragte Dokument, ein öffentliche Dokument, nicht über Personal, nicht über Gesundheit, aber ein öffentliches Dokument, ein angefragtes Dokument habe ich nie bekommen. Wie können wir das ändern?

#### **Herr Rebenstorf**

Ich habe zu dem, was ich neulich schon mal zu dem Thema gesagt habe, nichts mehr hinzuzufügen.

#### **Herr Geier**

Das ist natürlich auch für mich schwierig, dazu einer pauschalen Aussage oder irgendeine pauschale Antwort zu geben. Mir wäre es da schon recht, ich hätte da Hausnummern und Adresse. Ich sage mal so, wir sind was die Dokumente angeht, die Dokumente, die quasi Öffentlich durch die Bürgerschaft zusehen sind, das machen wir aufgrund der gesetzlichen Vorgaben. Das ist auch Transparenz, das übrigens auch nachzulesen, wenn die Sitzungen lang vorbei sind. Es gibt eigentlich nur ein einschränkendes Kriterium, das ist, wenn

irgendwelche Datenschutzgründe dagegensprechen. Das ist aber dann vom Einzelfall abhängig. Deshalb kann ich Ihnen das hier sozusagen zielgenau nicht beantworten.

### **Fragesteller 2**

Vor 21. Juni habe ich hier eine Petition eingereicht. Können Sie mir sagen, wann denn ich eine Antwort zu diese Petition bekommen könnte?

### **Herr Geier?**

Das würde ich dann nochmal mitnehmen, weil ich das jetzt natürlich auch nicht konkret parat habe.

### **Fragesteller 2**

Ich habe mehrmals in der Stadtratssitzung, Herr Wiegand, Frau Brederlow, Herr Rebenstorf und anderer haben mich als Antwort eine schriftliche Antwort versprochen. Das geht Jahre her hinter uns. Ich habe nie eine schriftliche Antwort bekommen. Meine Frage könnte der Team Ratsangelegenheiten oder jemand in der Verwaltung eine Liste, nicht nur für mich, aber andere Leute, wenn die diese Versprechen bekommt, dass die eine schriftliche Antwort bekomme würde. Sodass, man eigentlich dazu nicht diese Versprechen nicht verliert.

### **Herr Geier**

Das ist natürlich wieder eine sehr pauschale Aussage. Ich muss da einfach um Verständnis bitten, dass die Stadtverwaltung im Extremfall nicht für 230.000 Einwohner ein Wiedervorlagesystem führen kann. Aber das hier jetzt sozusagen im Raum steht, dass da generell keine Antwort der Verwaltung kommt, dass kann ich einfach so nicht bestätigen, dass kann ich so nicht im Raum stehen lassen.

### **Fragesteller 2**

Ok danke es wäre schön, wenn 22.000 Leute hier im Zimmer war.

*Wortprotokoll Ende*

Es lagen keine weiteren Einwohnerfragen vor. **Herr Bürgermeister Geier** beendete die Einwohnerfragestunde.

## **zu 4      Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.06.2023**

---

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 21.06.2023.

**Abstimmungsergebnis:                      bestätigt**

**zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

**zu 5.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 21.06.2023  
Vorlage: VII/2023/06061**

---

**Herr Bürgermeister Geier** sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vor dem Sitzungssaal ausgehängt und somit bekannt gegeben sind.

**zu 6 Beschlussvorlagen**

---

**zu 6.1 Ergänzungstext zum öffentlichen Dienstleistungsauftrag über den Stadtverkehr Halle (Saale) 2021 ff. an die HAVAG  
Vorlage: VII/2023/05867**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Bürgermeister Geier** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

Die Stadt Halle (Saale) betraut die Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) mit der Sicherstellung des Stadtverkehrs Halle (Saale) nach Maßgabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags (öDA). Der Oberbürgermeister wird als Vertreter der Stadt als Alleingesellschafterin der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) beauftragt und ermächtigt, den als Anlage beigefügten Ergänzungstext zum öffentlichen Dienstleistungsauftrag zu unterzeichnen

**zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 7.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Durchführung einer Regionalkonferenz  
Vorlage: VII/2023/05792**

---

**Frau Krischok** führte in den Antrag ein und benannte noch einmal wichtige Dinge. Sie wies darauf hin, dass der Präventionsrat nicht tätig ist. Dieser müsste einen jährlichen Bericht vorlegen, was daraus folgt, dass der Präventionsrat ein Jahr arbeiten müsste. Frau Krischok wies darauf hin, eine Regionalkonferenz durchzuführen, mit Beteiligung der Mandatsträger.

**Herr Paulsen** informierte über die neue Mitarbeiterin für den Präventionsrat. In der ersten Sitzung der Steuerungsgruppe ging es um die Bildung von Arbeitsgruppen, wie und wann die

erste Vollversammlung stattfinden kann und auch Fragen zu einer Geschäftsordnung des Präventionsrates. Eine erste Vollversammlung soll Ende Oktober durchgeführt werden. Ab November soll der Präventionsrat arbeitsfähig sein. Alle Akteure werden bis dahin auf ihre Bereitschaft in Arbeitsgruppen mitzuwirken angesprochen. Herr Paulsen teilte auf nochmalige Nachfrage mit, dass es in diesem Jahr einen arbeitsfähigen Präventionsrat geben wird. Er hält diesen Antrag damit für hinderlich. Er verwies auf die Stellungnahme und die Frage der Zuständigkeit, eine solche Regionalkonferenz zu beschließen.

**Herr Heym** fragte nach der Zulässigkeit des Antrages.

**Herr Schreyer** wies darauf hin, dass Frau Krischok sich auf den Runderlass bezieht. Weiterhin wies er darauf hin, dass die Entscheidung über Einberufung von Gremien Aufgabe des Hauptverwaltungsbeamten ist. Somit gibt es keine Entscheidungsgewalt durch den Stadtrat.

**Frau Krischok** sagte, dass es wichtig wäre dieses Jahr eine Regionalkonferenz einzuberufen.

**Herr Paulsen** wies darauf hin, dass regelmäßig über die Aufgaben der Stelle informiert wurde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Bürgermeister Geier** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich abgelehnt**

#### **Beschlussvorschlag:**

Auf Grundlage der Rd.Erl. des MI vom 13.9.2017 organisiert die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit der Polizei und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen eine Regionalkonferenz mit dem Ziel des Informationsaustausches, des Wissenstransfers, der Vorstellung von erfolgreichen Projekten sowie der Verbesserung der Präventions- und Netzwerkarbeit.

**zu 7.2      Antrag der Fraktion MitBürger zur Prüfung einer Städtepartnerschaft mit der Stadt Visaginas (Litauen)**  
**Vorlage: VII/2023/05766**

---

**Herr Wolter** führte in den Antrag ein und bezog sich auf die Internationalität, die von wesentlicher Bedeutung für die Stadt ist. Er wies darauf hin, dass es vor 10 Jahren bereits die Interessenbekundung von Visaginas gab.

**Herr Wels** teilte mit, dass die Fraktion positiv neuen Städtepartnerschaften gegenübersteht. Mit Blick auf diesen Antrag stellte sich die Frage, wie man die bisher bestehenden Städtepartnerschaften ausgestaltet. Er wies darauf hin, dass die Stadt Beziehungen zu bestehenden Partnerschaften in den Kommunen intensivieren müsste. Die Fraktion kann einer beantragten Prüfung zustimmen.

**Herr Heym** bezog sich auf die Stellungnahme der Verwaltung, welche Erwartungen man mit einer solchen Städtepartnerschaft, gerade wechselseitig, hat. Die Partnerschaft sollte nicht nur Zweck, sondern auch Leben in der Stadt erfüllen und nicht nur in der Verwaltung.

**Herr Helmich** kann dem Antrag zustimmen. Wies aber darauf hin, dass die Stadt mit den Ressourcen in der Stadtverwaltung relativ große Schwierigkeiten hat, die bestehenden Verbindungen aufrechtzuerhalten. Er erinnerte an das ein oder andere Jubiläum, an das im Stadtrat erinnert werden musste.

**Herr Dr. Bergner** wies auf eine geostrategische Sichtweise hin.

**Herr Paulsen** wies auf die im Stadtrat beschlossene Konzeption zu Städtepartnerschaften hin, dass es in erster Linie darum geht, dass sich Menschen begegnen und auch Schwerpunkte gesetzt werden, die sich auf Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur beziehen. Für die Verwaltung bleibt die Frage, welche Erwartungen zu Städtepartnerschaften bestehen. Er empfiehlt, mit Augenmaß zu gucken, was an neuen Städtepartnerschaft hinzugeholt wird. Insbesondere sollte man aber im Blick haben, wer dies bearbeitet.

**Herr Wolter** ging auf die Aussagen von Herr Paulsen ein. Er wirbt um den Antrag und bittet um Prüfung des Antrages zur Städtepartnerschaft.

**Herr Eigendorf** fragte, ob es weitere Entwicklungsmöglichkeiten neben den Partnerschaften mit den Krankenhäusern gibt.

**Herr Heym** kritisierte die von Herrn Wolter genannten Punkte. Er stimmte Herr Paulsens Aussage zu, worin die Problematik liegt.

**Herr Wolter** hat eine solche Diskussion zu diesem Antrag nicht erwartet. Er wies darauf hin, dass es in diesem Antrag mehr darum geht, ob einer Prüfung zugestimmt werden kann. Er begründete Herr Paulsens Aussage mit stillgelegten internationalen Leben in der Stadt Halle.

**Herr Dr. Meerheim** stimmt der Stellungnahme von Herrn Paulsen grundsätzlich zu. Er erinnerte an den Versuch des Stadtrates zur Umsetzung des Konzeptes von Städtepartnerschaften, welcher aufgrund des zu kleinen Etats abgelehnt wurde. Weiterhin wies er auf die aktuelle Warteliste von Städtepartnerschaften hin.

**Herr Dr. Bergner** berichtigt seine vorher getätigte Aussage. Er stellte klar, dass aus seiner Sicht die Problematik in diesem Punkt liegt. Er möchte keine Städterpartnerschaften ausrufen, wo überall die Bundeswehr stationiert ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Bürgermeister Geier** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                    **einstimmig zugestimmt**

**Beschlussempfehlung:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Begründung einer offiziellen Städtepartnerschaft mit der Stadt Visaginas (Litauen) zu prüfen. Die Prüfung erfolgt unter Einbeziehung der bereits bestehenden Partnerschaft zwischen dem Krankenhaus St. Elisabeth und St. Barbara und dem Städtischen Krankenhaus Visaginas.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Stadtrat im Abstand von zwei Monaten über den Verlauf der Prüfung einer Städtepartnerschaft mit der Stadt Visaginas zu unterrichten.

**zu 7.3 Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Begründung von Dringlichkeitsvorlagen  
Vorlage: VII/2023/05807**

---

**Herr Schreyer** wies auf die Stellungnahme der Verwaltung hin. Zukünftig werden bei anstehenden Dringlichkeitsentscheidungen im Stadtrat die rechtlichen Anforderungen gewahrt. Er wies eindeutig nochmal darauf hin, dass die Art und Weise der Einbringung von Beschlussvorlagen Verwaltung Sache des Hauptverwaltungsbeamten ist.

**Herr Heym** teilte mit, dass ihm der Antrag so nicht weiterhilft. Für ihn sind bei einer Dringlichkeitsvorlage wichtig, woraus sich diese begründet und welcher Schaden entstehen würde, wenn dies nicht dringlich behandelt wird. Er lehnt den Antrag ab.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Bürgermeister Geier** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in die Dringlichkeitsbegründung von Beschlussvorlagen zukünftig Informationen zum folgenden Punkt aufzunehmen:

Wann und wodurch hat die Verwaltung Kenntnis von der Notwendigkeit der Vorlage erhalten bzw. wann und wodurch hätte sie der Stadtverwaltung bekannt sein müssen, weil es sich aufgrund allgemein zugänglicher Quellen (z. B. gesetzliche Regelungen) ergibt?

**zu 7.4 Antrag der Fraktion „Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig“ zum Ausgleich des Kräfteverhältnisses in den Beratungsgremien (Änderung der Hauptsatzung)  
Vorlage: VII/2023/05974**

---

**Herr Schied** führte in den Antrag ein. Er erklärte die aktuelle Verteilung der Sitze in den Ausschüssen und stellte die Folgen bei einer Würfeldemokratie dar. Er wies darauf hin, dass Verwaltungsvorlagen im Stadtrat vor den Vorlagen der Fraktionen behandelt werden.

**Herr Schreyer** wies darauf hin, dass die Ausschüsse ein Spiegelbild der Kräfteverhältnisse im Stadtrat sein sollen. Er klärte über die Bedeutung zur Erhöhung der Mitgliederzahl in den Ausschüssen auf. Er machte deutlich, dass die Fraktion, die nach dem gesetzlichen Verteilungsschlüssel keine Mitglieder entsenden kann, ein sogenanntes Grundmandat wahrnehmen kann. Dies bedeutet, dass die Fraktion ein beratendes Mitglied in die Ausschüsse entsenden können.

Des Weiteren wies er darauf hin, dass es hinsichtlich des Jugendhilfeausschusses ein solches Recht nicht gibt. Er erklärte, dass das Kinder- und Jugendhilfegesetz eine ausdrückliche Bestimmung vorgenommen hat, welche besagt, dass der Ausschuss aus 10 und maximal 15 Mitgliedern bestehen darf. Er wies daraufhin, dass einer Erhöhung der Mitglieder im Jugendhilfeausschuss nicht möglich ist, da dieser bereits aus 15 Mitgliedern besteht.

**Herr Wolter** findet dies für kleine Fraktionen sympathisierend. Stellte aber klar, dass er es in den Ausschüssen nicht für sinnvoll erachtet und somit den Antrag ablehnt.

**Herr Scholtyssek** lehnt den Antrag ab. Er warnt davor, die Hauptsatzung anzufassen.

**Herr Heym** stimmt den Antrag zu. Er teilte mit, dass er es für angemessen hält, wenn sich die Verhältnisse im Stadtrat ändern, soweit keine organisatorischen Gründe dagegensprechen.

**Herr Schied** änderte den Antrag. Der Teil zum Jugendhilfeausschusses wird gestrichen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Bürgermeister Geier** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                    **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die 10. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) gemäß der Anlage 1.

**zu 8            Mitteilungen**

---

**zu 8.1        Anregung der Stadträtinnen Dr. Inés Brock-Harder und Melanie Ranft  
(Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) für ein Public-Viewing anlässlich der  
Fußballweltmeisterschaft 2023  
Vorlage: VII/2023/05810**

---

**Herr Paulsen** informierte, dass die Gleichbehandlung gewahrt wurde.

**zu 8.2        Mitteilung zur Anregung von Herrn Dr. Wend zu einem Ärztehaus**

---

**Frau Brederlow** teilte mit, dass eine Prüfung durchgeführt wird. Das Ergebnis wird im Jugendhilfeausschuss vorgestellt.

**zu 9            Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 9.1        Herr Wolter zu einer Baustelle**

---

**Herr Wolter** fragte zur Möglichkeit der Schrankenöffnung im Karl-Ernst-Weg nach Feierabend und am Wochenende.

**Herr Bürgermeister Geier** sicherte eine Prüfung zu.

## zu 9.2 Herr Wolter zum Amtsblatt

---

**Herr Wolter** fragte, ob eine Verbesserung der redaktionellen Zuordnung möglich ist, sowie das Hinzufügen von Adresszeilen für bessere Erreichbarkeit von Fraktionen.

**Herr Paulsen** antwortete, dass die Verwaltung zuversichtlich ist, dass die Leute den Kontakt finden.

## zu 9.3 Herr Wels zu Obdachlosen vor dem Ratshof

---

**Herr Wels** fragte, ob die Situation der Verwaltung bekannt ist. Weiterhin fragte er, welche Möglichkeiten es gibt, dagegen vorzugehen.

**Herr Paulsen** antwortete, dass die Situation bekannt ist. Er sicherte eine Prüfung weiterer Möglichkeiten zu.

## zu 9.4 Herr Dr. Bergner zu Arbeitsbedingungen der Fraktionsgeschäftsstelle

---

**Herr Dr. Bergner** fragte, wie weit sich die Stadtverwaltung für die Arbeitsbedingungen der Stadträte verantwortlich fühlt.

**Herr Paulsen** antwortete, dass die Verwaltung sich für gute Arbeitsbedingungen der Fraktionen zuständig fühlt.

**Herr Dr. Bergner** hielt die Verhaltensweise der Verwaltung für willkürlich.

**Herr Schied** ging auf die Aussage ein. Er informierte, dass die Fraktion Die PARTEI bisher noch kein Büro hat.

**Herr Bürgermeister Geier** bat um Verständnis, dass nicht schnell Räume zur Verfügung gestellt werden können. Er entschuldigt sich, für die Verfahrensweise.

## zu 9.5 Herr Scholtyssek zu Arbeitsbedingungen der Fraktionsgeschäftsstelle

---

**Herr Scholtyssek** fragte zum Umgang der Verwaltung mit den Fraktionen. Er kritisierte, dass nicht alle Stadträte mit den iPads arbeitsfähig sind.

Weiterhin fragte er nach Vergleichszahlen der Quadratmeterzahl von Sitzungsräumen.

**Herr Bürgermeister Geier** bat um Kompromissbereitschaft bis zum 30.06.2024. Weiterhin erklärte er, dass die Umstellung des Systems auf den iPads an die ITC gemeldet wurde.

#### zu 9.6 Herr Dr. Meerheim zum Gedenktag am 09. Oktober 2023

---

**Herr Dr. Meerheim** fragte, ob an diesem Tag etwas auf dem Markt stattfindet.

**Her Paulsen** informierte, dass es in Abstimmung mit Behörden Pläne für diesen Tag.

#### zu 9.7 Herr Dr. Meerheim zu den Pride Weeks

---

**Herr Dr. Meerheim** fragte, warum am 09.09.2023, zur Eröffnung des CSD, die Regenbogenfahnen am Ratshof nicht gehisst werden.

**Herr Paulsen** informierte, dass die Verwaltung im intensiven Austausch mit den Verantwortlichen der Pride Week und des CSD ist. Es lag noch keine eine Anfrage für den 09.09.2023 vor, ob und wie die Regenbogenfahne gehisst.

**Herr Dr. Meerheim** erklärte, dass ihm zwei Mails vorlagen, woraus hervorgeht, dass in Abstimmung des CSD und der Stadtverwaltung signalisiert wird, dass die Fahne nicht gehisst werden soll.

**Herr Paulsen** sicherte zu, dass die Verwaltung in Gesprächen ist.

#### zu 9.8 Herr Schied zur Kreuzung am Reileck

---

**Herr Schied** fragte, ob eine Umstellung der Ampelschaltung am Reileck vorgenommen wurde.

**Herr Rebenstorf** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

**zu 10 Anregungen**

---

**zu 10.1 Herr Wels zur Mülltrennung auf dem Marktplatz**

---

**Herr Wels** regte an, dass die Verwaltung prüft, ob Möglichkeiten geschaffen werden könnten, um den Müll auf dem Marktplatz zu trennen.

Es gab keine weiteren Anregungen.

**Herr Bürgermeister Geier** bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Egbert Geier  
Bürgermeister

---

Maik Stehle  
Protokollführer